

Es geht um den deutschen Kredit!

Der Sonderausschuss der Finanzschmänner, der sich mit der Verlängerung des normalerweise Ende Februar 1932 ablaufenden Stillhalteabkommens zu befassen hat, ist gestern in Berlin zusammengesessen, während der Sonderausschuss der BZ, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigt, seine Verhandlungen bereits am Montag begonnen hat. Die Folge beider Beratungen ist zunächst, daß

die deutsche Kreditfrage in den nächsten Wochen im Mittelpunkt der finanzpolitischen Betrachtungen der Welt

sehen wird. Keine der beiden Fragen, weder die Reparationsfrage, noch das Stillhalteproblem, kann für sich allein betrachtet und ohne Beziehungen zur anderen untersucht und gelöst werden. Das haben gleich die ersten Verhandlungstage in Basel ergeben. Obwohl nach französischen Wünschen über die deutschen Kurzkredite im Sonderausschuss der BZ überhaupt nicht verhandelt werden sollte, beschäftigte sich dieser Ausschuss sehr eingehend mit ihnen.

Inzwischen sind bereits die Vorverhandlungen der Gläubiger, die sich auf das Stillhalteabkommen erstrecken, in Paris abgeschlossen worden. Der amerikanische Bankier Wiggin hat sich über das Verhandlungsergebnis in der Öffentlichkeit geäußert. Treffen seine Erklärungen, woran kaum zu zweifeln ist, zu

werden die Gläubiger für die Zurückzahlung der Kurzkredite einen gewissen Grundversatz der verfügbaren Devisen für sich in der Form verlangen, daß diese von der Reichsbank bereitgestellt und je nach dem Betrage ihrer Forderungen für die einzelnen Länder gleichmäßig zur Verfügung gestellt werden.

Hierbei soll jedoch die Aufrechterhaltung des deutschen Außenhandels berücksichtigt werden. Außerdem soll von Deutschland verlangt werden, daß es für die durch Handelspapier nicht gedeckten Finanzkredite besondere Garantien gibt. Obwohl diese Erklärungen Wiggin an Deutlichkeit zu wünschen übrig lassen, sind sie doch einer eingehenden Würdigung wert.

In der angelsächsischen Bankwelt werden die deutschen Kurzkredite schon seit geraumer Zeit nicht über einen Kamm geschoren. Man unterscheidet nämlich zwei Arten von Kurzkrediten, Handelskredit und Finanzkredit. Erstere werden ganz allgemein für zweckmäßig und notwendig erachtet, um den deutschen Außenhandel zu beleben, dadurch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu fördern und die Stabilität unserer Währung zu festigen. Ohne eine aktive deutsche Handelsbilanz sind Reparationszahlungen unmöglich. Das stand schon im Domesplan. Diese wirtschafts- und finanzpolitische Erkenntnis hat sich jetzt erneut durchgerungen. Sie zeigt auch anschaulich den inneren Zusammenhang der Sonderverhandlungen in Basel und Berlin.

Die zweite Klasse von Kurzkrediten bilden die Finanzkredite, die an deutsche Länder, an Kommunen und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts gegeben wurden.

Solange diese Kredite nicht stabilisiert sind, will heißen, in die Form langfristiger Anleihen umgewandelt sind, läuft das deutsche Kreditwesen Gefahr, über Nacht erneut zusammenzubrechen, falls diese Kredite plötzlich gefündigt würden.

Angeht die Zurückzahlung der Kurzkredite oder die Reparationszahlungen den Vorrang verdienen, reinen akademischen Charakter. Der Kreislauf der Gedanken und der Tatsachen ist vollkommen. Ohne aktive Handelsbilanz keine aktive deutsche Zahlungsbilanz. Keine deutsche Zahlungen, ohne Stabilisierung des deutschen Kreditwesens und Sicherung der Marktwährung. Diese sind aber nur zu schaffen durch Wiederherstellung des Vertrauens in die wirtschaftliche und politische Stabilität des Reichs.

Ohne Erholungsperiode und ohne Entgegenkommen der Gläubigermächte ist dieses Ziel aber nicht zu erreichen.

Bei diesen inneren Verflechtungen scheint es fast unvermeidlich, wie die „Times“ schon am 7. d. M. schreiben, daß die Sonderausschüsse zu einem „vollkommenen Moratorium für alle Reparationszahlungen kommen, bis die innere Stabilität des deutschen Kredit- und Währungssystems vollends wiederhergestellt ist“.

Über die politische Tragweite der Baseler Verhandlungen gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheiten. So schwierig sie sich auch gestalten, vielleicht sind die Berliner Stillhalteverhandlungen noch delikater. Die öffentliche Meinung in USA. läßt nämlich die gegenwärtigen kreditpolitischen Verwicklungen größtenteils auf die Pumpwirtschaft zwischen den amerikanischen Privatbanken und Deutschland zurück. Deshalb finden auch die amerikanischen Bankiers keinerlei öffentliche Unterstützung durch das Weiße Haus in Washington. Im Kongress, der am Dienstag wieder zusammentrat, ist die Stimmung kritisch. Senator Johnson brachte bereits einen Antrag ein, der verlangt, daß der Finanzausschuss unverzüglich eine Untersuchung über die Beziehungen der amerikanischen Banken zu ausländischen Finanzoperationen und über die Unterbringung fremder Anleihen in den Vereinigten Staaten einleiten soll.

Der deutsche Kredit stand während der letzten Jahre in USA. hoch im Kurs; ein gewisser Rückgang ist nicht zu verkennen.

Gerade deshalb haben die Berliner Verhandlungen auch eine so entscheidende finanzpolitische Bedeutung, denn es geht hier letztlich um die Zukunft des deutschen Kredits in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Tuchföhlung

Über die Freitagssitzung des Stillhalte-Ausschusses in Berlin wird folgende Verlautbarung herausgegeben:

Die Vertreter kamen heute zusammen und tauschten Gedanken aus. Die Vertreter des deutschen Schuldnerausschusses legten Zahlenmaterial über die gegenwärtige Lage vor. Um die nötige Zeit zum Studium dieses Zahlenmaterials und zur Vervollständigung der Organisation für die weitere Verhandlungsführung zu gewinnen, vertagte sich die Versammlung. Verschiedene Unterausschüsse werden das vorliegende Material studieren und Tagesordnung sowie Berichte über die Plenarversammlung vorbereiten, die, sobald erforderlich, wieder zusammenzutreten wird.

Keine Verhandlungsgrundlage

Die Vorverhandlungen der ausländischen Stillhaltegläubiger unter sich, die in Paris geführt wurden, haben leider die Amerikaner in

das Jahrwasser der radikalen französischen Forderungen abgedrängt, die so weit gehen, eine Kontrollstelle bei der Reichsbank, Kontrollrechte bei den Banken, Besondere Rechte für deutsche Auslandsforderungen und eine weitere Verschärfung der deutschen Devisenbestimmungen, wie man sie sich überhaupt nicht vorstellen kann, zu fordern.

Es erübrigt sich zu betonen, daß die Reichsbank solchen Forderungen schärfsten Widerstand entgegenzusetzen muß und daß im Gegenteil auf die außerordentlichen Rückzahlungen im Jahre 1931, auf die pünktlichen Rindzahlungen usw. verwiesen werden soll.

In Basel horcht man uns weiter aus

In der gestrigen Nachmittagsitzung des Sonderausschusses wurde die Aussprache über den Reichshaushalt bereits abgeschlossen. Die Aussprache bekräftigte die außerordentliche Empfindlichkeit des Reichshaushalts in Bezug auf die wirtschaftlichen Schwankungen sowohl in den Jahren 1925/1926 als auch in der von da an einsetzenden Depression. Im Namen des Statistischen Unterausschusses erstattete dann dessen Vorsitzender Fröde Bericht über die Nachprüfung der deutschen Belastung an Zinsen und Amortisation für lang- und kurzfristige Kredite. Die Frage des Ertrages der deutschen Guthaben im Ausland wird Gegenstand eines weiteren Berichtes bilden.

Hitler gelüftet nicht nach Krieg

Die außenpolitischen Ziele der Nationalsozialisten

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP teilt mit: „Als Vertreter der sudetendeutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei hatten Abgeordneter Krebs, Abgeordneter Kasper und Hauptschriftleiter Karg im Braunes Haus in München eine zweistündige politische Unterredung mit dem Führer der NSDAP, Adolf Hitler. Hitler erklärte u. a.: In England vollzieht sich gegenwärtig ein bedeutsamer Umschwung in der öffentlichen Meinung.

Frankreich ist mit seiner Militär- und Goldpolitik auf dem besten Wege, sich zum Weltschuldigen zu machen.

Auch in Amerika und Italien wächst die antisozialistische Strömung von Tag zu Tag. Die unhaltbare Lage am Weltwirtschaftsmarkt drängt die anderen Staaten förmlich in eine Abwehrfront gegen den einseitigen Nihilismus der Verbündeten. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, zu glauben, man könne Deutschland auf Jahrzehnte hinaus zum Weltklaven erniedrigen. Die Unhaltbarkeit der Reparationen wird heute auch in Italien, England und Amerika erkannt. Es grenzt an Völlerei, wenn uns unsere Gegner unterziehen, daß wir die Tributfrage mit kriegerischen Mitteln lösen wollen.

Wir wollen keinen Krieg, aber wir wollen die Gleichberechtigung des Deutschen in der Welt.

Dafür kämpfen wir mit der ganzen Kraft unserer nationalsozialistischen Bewegung und dafür werden wir mit der Kraft eines von uns auf nationaler Grundlage errichteten Deutschlands kämpfen. Unsere Aufgabe ist es, derzeit den weltpolitischen Boden für unsere Politik zu bereiten. Es besteht für mich

kein Zweifel, daß der Nationalsozialismus in der nächsten Zukunft im Reich mit legalen verfassungsmäßigen Mitteln zur Macht kommen wird.

Wir sind keine Partei im üblichen Sinne des Wortes, sondern wir sind eine mit elementarer Kraft hervorbrechende Volksbewegung. Die Zeit wird reif für den Endkampf im Innern mit dem Marxismus und Bolschewismus. Ein gegen die bolschewistisch-marxistische Pest immunisiertes Deutschland wird ein neuer gewaltiger Posten in der Weltpolitik sein. Es wird nicht nur das Vertrauen in die deutsche Lebens- und Wirtschaftskraft wiederherstellen, sondern

auch in politischer Hinsicht ein Faktor sein, dessen Freundschaft für das andere Wert und Anziehungskraft besitzt.

Frankreich ist in den letzten Monaten intensiv bestrahlt, im Donaugebiet, besonders in Oesterreich und Ungarn, neuen Boden zu gewinnen. Die in den Vordergrund geschobene Dabburger Frage gehört zu diesen Streitigkeiten. Abgeben von Einzelheiten wird unser Verhältnis zum Ring der Kleinen Entente stets abhängig sein von unserem Verhältnis zu Frankreich. In der österreichischen Frage werden wir den Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts unseres Bruderstammes nie aufgeben, ob nun wirtschaftliche Donaukonföderationspläne oder dynastische Interessen von anderer Seite dagegen aufgebracht werden.

Ein Krieg europäischer Strömen untereinander ließe heute so viel, wie dem Bolschewismus Tür und Tor öffnen.

Mit dem ersten Annoncenschuh würde gleichzeitig die bolschewistische Revolution ihre erste Winternote in den europäischen Hauptstädten aller Länder abgeben.

Adolf Hitler schloß seine Darlegungen mit den Worten: Der Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland bedeutet nicht nur in unseren Augen, sondern auch schon zum großen Teil im Urteil des deutschfreundlichen Auslandes den Beginn einer neuen Ordnung im Innern und einer neuen Wendung in der Weltpolitik. Ein nationalsozialistisches Deutschland wird und muß die Liquidierung der Schande des 9. November 1918 bringen.

Verbotene Rundfunkrede

Die Pressestelle bei der Reichsleitung der NSDAP. gibt bekannt: Auf Einladung des amerikanischen Zeitungsverlegers Hearst sollte Adolf Hitler in der Nacht zum Sonnabend eine Rede vor der amerikanischen Öffentlichkeit halten, die mittels Fernsprecher bis England und von da durch drahtlose Telephonie auf den amerikanischen Rundfunk mit sämtlichen Sendern der Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko übertragen werden sollte. Die Reichsregierung hat im letzten Augenblick die Wiedergabe dieser Rede verhindert. Die amerikanische Presse wird heute (Sonnabend) den Wortlaut der beabsichtigten Rede veröffentlichen.

Was für die Landwirtschaft geschehen konnte, ist geschehen

Reichsernährungsminister Schiele erläuterte in einer Aussprache die Maßnahmen, die in der Notverordnung zum Schutze der deutschen Landwirtschaft getroffen bzw. vorgezogen sind. Einleitend behandelte er die weiter verschlechterte Lage der Landwirtschaft, durch die die Bestimmungen der neuen Notverordnung erforderlich geworden sind. Eine Ausdehnung der einschneidenden Entschuldigungsmaßnahmen nach dem Muster der Sicherungsverordnung für den Osten kam schon aus dem Grund nicht in Betracht, weil die hierzu nötigen Stützungsanlässe und Umschuldungskredite fehlen.

Der allgemein vorgezogene

Vollstreckungsschutz erklärt für den landwirtschaftlichen Schuldner nach zwei Richtungen hin eine bedeutsame Erweiterung

zu dem Zweck einer Befähigung der Ernte durch landwirtschaftliche Grundstücks-Subhastationen vorzugeben; Auch wenn der Schuldner mit seinen Leistungen über drei Monate im Rückstand ist und dem Gläubiger daraus besondere Nachteile erwachsen, soll doch auf seinen Antrag die Zwangsversteigerung einwillen eingestellt werden, wenn die ordnungsmäßige Fortführung des Betriebes und die Einbringung der Ernte bei einer Betriebsführung durch den Schuldner ge-

währleistet erscheint, aber bei Ablehnung der einwilligen Einstellung gefährdet sein würde. Das Gericht hat vor seiner Entscheidung die untere Verwaltungsbehörde darüber zu hören.

Das Zwangsverwaltungsverfahren hat eine einfachere und mit geringeren Kosten verbundene Ausgestaltung dahin erfahren, daß das Gericht den Schuldner, der für eine ordnungsmäßige Betriebsführung die Gewähr bietet, zum Zwangsverwalter bestellen soll. Der Schuldner ist dabei gleichzeitig der Aufsicht einer Aufsichtsperson zu unterstellen, die die Gläubigerinteressen wahrzunehmen hat.

Der Sicherung der kommenden Ernte dient weiter die Vorschrift, daß Aufschaltungen von Düngemitteln, Saatgut und Futtermitteln, die der Zwangsverwalter, oder wenn der Schuldner im Zwangsversteigerungsfalle den Vorrang haben, endlich sind

die strengen Vorschriften über den Kreis der unpfändbaren Gegenstände in einer für die Fortführung des Betriebes wichtigen Richtung gelockert

worden. Die Notverordnung trifft Vorkehrung, daß Zwangsvollstreckungsmaßnahmen in diese beweglichen Gegenstände des landwirtschaftlichen Betriebes seitens des Gerichts aufzuheben sind, wenn durch die Zwangsvollstreckung dem Schuldner die zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte benötigten Mittel entzogen würden und die Gewähr dafür besteht, daß der Schuldner den Erlös aus der Veräußerung der Gegenstände der ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft zuführen wird.

Die Gläubigerforderungen als solche bleiben unverändert bestehen. Vermögenswerte des Landwirts, die nicht zu den lebenswichtigen Gegenständen des landwirtschaftlichen Betriebes gehören, unterliegen nach wie vor dem Zugriff des Gläubigers. Außerdem ist

zu erwarten, daß die neue Notverordnung des Reichspräsidenten u. a. durch die Senkung der Zinsen und insbesondere der Zinsen die Bilanz vieler landwirtschaftlicher Betriebe verbessert.

Es ist selbstverständlich, daß eine Atempause nur dann Sinn hat, wenn sie auch wirklich dazu benützt wird, neue Kraft zu sammeln. Der der Landwirtschaft gewährte Vollstreckungsschutz kann, abgesehen von der Unerlässlichkeit im Interesse der Volksernährung, nur verantwortet werden, wenn gleichzeitig das Notwendige zur Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe geschieht.

Wünsche, die noch berücksichtigt werden möchten

Der Fraktionsführer des Deutschen Landvolks, Reichstagsabgeordneter Doeblich, hat in einem Schreiben an den Reichsernährungsminister unter Hinweis (sowohl auf die ernährungspolitische wie agrarpolitische Bedeutung gefordert, daß, genau wie es für Getreide, Mehl und Brot geschehen ist, Vieh, Fleisch, Milch und Volksernährung von der Erhöhung der Umfahrungen übernommen werden. Er hat ferner den Reichsernährungsminister gebeten, seinen Einfluß auf den Preis-Kommissionar dahin auszuüben, daß dieser sein besonderes Augenmerk auf die Verhältnisse auf den Märkten von Vieh und Volksernährung richte, und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die von der Reichsregierung in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Abwendung des durch das Abfließen ausländischer Währungen verursachten Druckes auf die Preise für die Erzeugung der bäuerlichen Wirtschaftswirtschaft beschleunigt und ohne Verzug in Kraft gesetzt werden.

Die Widerstände gegen Hoover versteifen sich

Im amerikanischen Senat wurden am Freitag scharfe Angriffe gegen Hoovers Politik gerichtet. Der republikanische Senator Watson, der einflussreiche Demokrat Harrison, sowie Borah sprachen sich gegen die Wiedererneuerung des Kriegsschuldenausschusses aus.

Im amerikanischen Kongress macht sich ein allgemeiner Widerstand gegen weitere Konzeptionen ohne vorherige wesentliche Abklärung Europas bemerkbar. Auch Hoovers Steuerentwürfe begegnen einer scharfen Opposition von Seiten der Demokraten, die ein eigenes Programm vorlegen wollen.

Wettervorhersage.

Temperaturanstieg. Nach nochmaligem Nachtfrost tagüber in der Ebene und in den unteren Gebirgslagen einige Wärmegrade. Im übrigen Gebirge um den Nullpunkt schwankende Temperaturen. In den höchsten Lagen auch Infolge Temperaturerhöhung mit der Höhe Erwärmung möglich. Bewölkung und Niederschlagsverhältnisse drücklich und zeitlich unebenmäßig. Wolkig, zeitweise auch heiter, stellenweise Nebel. Vereingelte Niederschläge möglich, je nach den Temperaturverhältnissen als Regen oder Schnee. Schwache bis mäßige, in freien Gebirgslagen etwas aufsteigende Winde aus südlichen bis westlichen Richtungen.